

der Geschäftsbeziehungen mit der Deutschen Bank abhängig gemacht. Mit seinem Beschluß vom 14. März hat sich das Präsidium jetzt Luft verschafft und einen gewichtigen Stolperstein für einen reibungslosen Ablauf des Frankfurter Kirchentages aus dem Weg geräumt, der von den Teilnehmerzahlen her seine Vorgänger vermutlich noch einmal übertreffen wird. Allerdings hat sich die Kirchentagsleitung mit ihrer umstrittenen Entscheidung neue Spannungen eingehandelt: Der *Rat der EKD* distanzierte sich auf seiner Sitzung Ende März von der Kirchentagsentscheidung mit der Begründung, der Kirchentag müsse ein Forum für offene und faire Diskussion über die Konsequenzen des christlichen Glaubens in unserer Welt bleiben.

Der Südafrika-Beschluß ist ein weiterer Beleg dafür, wie schwer es dem Kirchentag fällt, die beiden ihn charakterisierenden *Grundelemente* zusammenzuhalten: Er lebt zu einem guten Teil vom *Engagement kritischer Gruppen* mit dezidierten Standpunkten zu Frieden, Umwelt und Dritter Welt, gleichzeitig will er aber ein offenes Forum für alle Strömungen und Richtungen in Kirche und Gesellschaft sein. Auf den Kirchentagen von Hamburg (1981) und Hannover (1983) war es nur mit einiger Mühe gelungen, das große Protestantentreffen nicht zu sehr in den einseitigen Sog der christlichen Friedensbewegung geraten zu lassen. Die Entscheidung, die Geschäftsbeziehungen zur Deutschen Bank abubrechen, leitet jetzt zusätzlich Wasser auf die Mühlen derjenigen, die den Kirchentag schon seit einiger Zeit für einen Tummelplatz von Protest- und Aktionsgruppen halten und ihm theologische und politische Einseitigkeit vorwerfen. Für das weitere Bild des Kirchentages in Kirche und Öffentlichkeit wird jetzt einiges davon abhängen, inwieweit der Verlauf des Frankfurter Kirchentages vom 17. bis 21. Juni dieses Jahres solche Urteile Lügen strafen kann.

Die in der Aktionskampagne „Kirchentag gegen Apartheid“ zusammengeschlossenen Gruppen sehen in der

Südafrika-Entscheidung des Kirchentagspräsidiums einen ersten Schritt, ein „Signal für Christen und Kirchen in der Bundesrepublik, jetzt dasselbe zu tun“ (so einer der Sprecher der Aktionskampagne in einem Interview mit dem „Deutschen Allgemeinen Sonntagsblatt“, 29. 3. 87). Schon dadurch wird klar, daß es nicht einfach nur um den Kirchentag geht. Die Kündigung von Konten bei der Deutschen Bank oder anderen in Südafrika tätigen Geldinstituten ist für viele Gruppen eine *Bekennnisfrage*, eine unausweichliche Konsequenz aus der Absage an die Verurteilung der Apartheid als Sünde. Wie schon bei der Abschreckung mit Nuklearwaffen wird auch hier der „Status confessionis“ ausgerufen. Die Diskussion um Frieden und Abrüstung hat also inzwischen gezeigt, daß mit steilen Bekenntnissen weder ethisch noch politisch viel gewonnen ist. Für die Südafrika-Frage gilt mutatis mutandis das gleiche. *ru*

## Systemzwang

### *Wenig Anzeichen für eine konziliantere sowjetische Religionspolitik*

Während Parteichef *Michail Gorbatschow* innenpolitisch seinen *Kurs der Umgestaltung* („Perestroika“) gegen offensichtlichen Widerstand in Partei, Wirtschaft und Verwaltung festzuhalten scheint und auf der Suche nach einem seine innenpolitische Öffnung erleichternden außenpolitischen Erfolg die Weltöffentlichkeit fast jede Woche mit neu variierten oder erweiterten Abrüstungsvorschlägen umwirbt, ist in der sowjetischen Menschenrechts- und speziell in der Religionspolitik noch kaum Land in Sicht.

Zwar fehlte es nicht an einzelnen, spektakulären Aktionen bzw. Gesten auch in dieser Richtung – man denke nur an den Fall Sacharow. Aber wo es um die vielen Gewissensgefangenen kleineren Kalibers geht, ist nicht viel an Fortschritt zu erkennen. So ist die nachdrücklicher denn je erhobene Forderung nach Unterbindung des

*Mißbrauchs der Psychiatrie zu politischen Zwecken* bisher ohne nennenswerte Wirkung geblieben. Verschiedene *Gewissensgefangene* aus religiösen Gründen wurden zwar in Freiheit gesetzt, wenn sie, wie der litauische Professor, *Vytautas Skuodis*, es den Behörden schriftlich gegeben hatten, daß sie keine antisozialistische Tätigkeit mehr ausüben würden. Andere aber, die sich dem „Gnadenweg“ verweigerten und ihre Rehabilitation betreiben, wie z. B. *Gleb Jakunin*, der Gründer des „Komitees zum Schutze der Rechte der Gläubigen“, bevölkern weiterhin Gefängnisse und Lager. Verschiedene Zeichen für die Aktivierung der antireligiösen Propaganda lassen ebenfalls vermuten, daß die Gewährung von mehr Religionsfreiheit (auch im Sinne geringeren politischen Drucks auf die Kirche) nicht unbedingt zu den Inhalten bzw. Zielen des „neuen Denkens“ gehört.

Mag sein, daß es in der sowjetischen Führung Leute gibt, die mehr Spielraum für die Religionsgemeinschaften befürworten oder den ganzen staatsatheistischen Ballast als im Grunde systemhinderlich loshaben möchten, wie manche westlichen Sowjetexperten meinen. Aber mehr spricht dafür, daß auch die gegenwärtige Führung Religionspolitik vorwiegend taktisch-strategisch einzusetzen versucht. Auf deutsch: Gorbatschow braucht zwar auch die Christen als aktive Befürworter seines Kurses, aber kann er sich von der inneren Verfaßtheit der Sowjetunion – auch wegen der vielfachen Verbindung der Religionen mit der Nationalitätenfrage (Orthodoxe, Katholiken, Muslime) – mehr Auflockerung überhaupt leisten?

Man wird im Westen gut daran tun – gerade im Vorfeld der 1000-Jahr-Feier der Christianisierung –, sich nicht in Spekulationen über spektakuläre, aber hypothetische Ereignisse – z. B. einer Reise des Papstes nach Moskau und Vilna – zu ergehen, sondern genau im Auge zu behalten, wie sich der Umgang mit den Kirchen und vor allem den Christen in der Sowjetunion selbst, aber auch in deren übrigen osteuropäischem Einfluszbereich gestaltet. *un*